

Die SPD steht für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren.

Damit alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch alle wie Kinder behandelt werden, werden wir zügig die **UN-Kinderrechtskonvention** umsetzen. Wir wollen die sogenannte **Residenzpflicht** für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken.

Im Rahmen verfügbare Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldete künftig auch die **Teilnahme an Integrationskursen** ermöglichen. Die **Leistungen für Asylbewerber** werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende **Bleiberechtsregelung** schaffen. Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für **Resettlement** für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zuallerst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die **Künstlerinnen und Künstler** im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und –honorare in öffentlich geförderten Projekten und

Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist **Teilhabe** ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecke nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische **Verantwortung des Staates** sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der **öffentlichen Kulturfinanzierung** unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- **Denkmalschutz und Denkmalpflege** zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.
- Das **Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen** darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den **Filmstandort Deutschland** international wettbewerbsfähig zu erhalten und **Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche** zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.
- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln,

Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der **Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik**. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine **gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik** zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.

Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zu allererst der **Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht** wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine **Universaldienstverpflichtung** gesetzlich absichern. Wir brauchen den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch **Open-Data-Projekte**, soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.

Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine **Modernisierung des Urheberrechts** ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.

Presseverleger brauchen eine gesetzliche Regelung, die ihnen die Verfügungsgewalt über ihre Produkte im Netz sichert und ermöglicht, die unbefugte Verwendung ihrer Artikel durch Dritte (z.B. durch Aggregatoren oder Harvester) zu unterbinden.

- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw.

Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.

- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inthaltfilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90% aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Kooperation mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren.

Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung über Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.

- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.

Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fortentwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands-

und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen.

Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte** im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern.

Eine **freie Presse und unabhängiger Journalismus** gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die ökonomischen Umbrüche wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außerdem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren.

Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzimmers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.